

Ernst Grube, Überlebender der Shoah, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, langjähriges Mitglied der VVN/BdA [e.grube@gmx.net](mailto:e.grube@gmx.net)

Demonstration gegen die Bezahlkarte am 24. Juni 25 in Regensburg. Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Freundinnen, Kollegen und Anwesende,

Seit 1933 bis 1943 hatte die NS-Verwaltung fast alle Jüdinnen und Juden aus München vertrieben, deportiert, „München judenfrei“ gemacht - so ihre zynische Sprache in der Vollzugsmeldung.

Mit Ausnahme der wenigen in sog. „Mischehen“ lebenden Juden.

Die antijüdischen Maßnahmen zur Entrechtung und Erniedrigung galten auch für uns „Mischlinge“ , „Halbjuden“ im Nazijargon. Mein Bruder und ich mussten seit Sept. 1941 den gelben Stern tragen, der uns Juden als Feinde markierte. „Wer dieses Zeichen trägt ist ein Feind des Volkes“ schrieb die NSDAP Propaganda. Wir durften keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, keine Schule besuchen, überall galten Verbote.

Für uns Juden gab es nur wenige und vor allem minderwertige Lebensmittel.

Unsere Lebensmittelmarken waren teilweise ungültig. Der Rest mit „J“ für Jude gestempelt. Wir Juden konnten die wenigen Lebensmittel, die uns zugestanden wurden, nicht überall kaufen. Wir mussten dies in einem besonderen Laden tun, auf dem ein Schild mit dem Wortlaut „erstes NS - Geschäft am Platze“ stand.

Ich war damals 10 Jahre alt. Da ich als jüdisches Kind nicht in die Schule gehen durfte und meine Mutter Zwangsarbeit verrichten musste, ging ich oft einkaufen. Ich ging überhaupt nicht gern. Wenn ich meine Lebensmittelmarken dem Verkäufer gab, fühlte ich mich von den im Laden Anwesenden beobachtet.

Es gab keine freundliche Geste, kein freundliches Wort oder eine Zugabe.

An diese Zeit muss ich denken, wenn ich lese oder höre wie das Leben von Menschen, die aus Elend, Terror und Krieg zu uns gekommen sind, **bewusst zusätzlich erschwert wird**. Auch mit der Bezahlkarte !

Statt Respekt und freundliche Aufnahme von Menschen, die gefährliche Fluchtrouten, viele Verluste und Verletzungen erfahren haben und noch darunter leiden, sendet die gegenwärtige Politik insbesondere in Bayern eine verheerende Botschaft.

Eine Botschaft an Menschen, die mit Hoffnungen auf ein besseres Leben ankommen, die unsere Gesellschaft angesichts des dramatischen Fachkräftemangels auch dringend braucht und ausbilden könnte.....

Es ist eine Botschaft des pauschalen Verdachts und Misstrauens:

- *euch trauen wir nicht über den Weg,*
- *ihr könnt das wenige Geld nicht selbst einteilen,*
- *wir kontrollieren und überwachen eure kleinen Konsumausgaben,*
- *damit ihr auch nicht mehr kleine vom Mund abgesparte Beträge an eure Liebsten schicken könnt, die zu krank, elend, mittellos sind, um eine Flucht zu wagen.*
- *Wo kämen ihr hin, wenn ihr mit dem Wenigen, was wir euch zugestehen müssen, ab und zu mit kleinen vom Mund abgesparten Beträgen auch noch Familienangehörige in euren Herkunftsländern unterstützt? Nur weil die zu krank und schwach waren für das Risiko einer Flucht.*

Abschrecken soll die Bezahlkarte!

Es ist die Botschaft:

- *Solche, wie ihr, gehören nicht hierher. Je unmenschlicher wir euch behandeln, desto weniger Menschen suchen hier Schutz vor Existenzvernichtung, Hunger, Durst, Verfolgung und Krieg. So steuern wir die „irreguläre Migration“.....*

Die CSU in Bayern scheute bisher weder hohe Kosten noch großen bürokratischen Aufwand, den sie auch den Kommunen und Landkreisen aufbürdet, um Asylsuchende nun auch noch mit dieser Maßnahme „Bezahlkarte“ als selbständig handelnde Menschen, als dieser Selbstbestimmung unwürdig, zurück zuweisen.

Mit der Bezahlkarte wird das ohnehin sorgenvolle, enge Alltagsleben geflüchteter Menschen **zusätzlich gezielt beschädigt**.

Grundsätze von Gleichbehandlung und Gleichberechtigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben setzt diese CSU-Politik außer Kraft.

Es wäre ein Gebot des Anstands diese Schikane durch die Bezahlkarte zurück zunehmen!

Es liegt mir fern diese Maßnahme mit meinen Erlebnissen gleich zu setzen.

Doch meine damals erlebte Ausgrenzung und die damit verbundenen Gefühle der Erniedrigung dürfen sich in keiner Weise wiederholen.

Das gebietet unsere Verfassung.

Das GG ist als Gegenentwurf zum Naziregime entstanden und betont dies in Artikel 1, **"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."**

Dieser Artikel stellt die Grundlage aller weiteren Grundrechte dar und betont die zentrale Bedeutung der Menschenwürde im deutschen Rechtssystem.

Die Maßnahme „Bezahlkarte“ ist eingebettet in eine bereits länger bestehende Kette von Praktiken, Gesetzen, Verordnungen gegen flüchtende Menschen und ihre Rechte. Heribert Prantl, schrieb kürzlich: „Fast alle Pläne, die in Brüssel oder in Berlin als Flüchtlingspolitik betrieben werden, dienen dem Ziel, dem Asylrecht die Rechtsqualität und dem Flüchtling den Schutz zu nehmen. Fast alles dient der noch weiteren Verschlechterung eines Zustands, der schlimm genug ist.“ (SZ 20. Juni 2025)

Asylsuchende werden nicht nur von der AfD in die Nähe von Terroristen gerückt. Ihnen werden Rechte vorenthalten.

Hilfe und Unterstützung für Schutzsuchende wird oft von Politikern, - auch in Regierungsverantwortung - , diffamiert und kriminalisiert.

Es wird ein Klima erzeugt, in dem die Islamfeindlichkeit explodiert. Rassistische Angriffe auf Menschen mit Migrationsgeschichte, auf Geflüchtete und deren Unterkünfte sind in den letzten beiden Jahren in Bayern massiv angestiegen.

(SZ 28.04.2025)

Ein aktuelles Beispiel:

Nachdem das Berliner Verwaltungsgericht kürzlich die Zurückweisung von drei somalischen Flüchtlingen als rechtswidrig, nicht im Einklang mit EU Recht beurteilt hatte, wurden die zuständigen Richter des Gerichts bedroht.

Die Bildzeitung hatte deren Aufenthaltsort bekannt gemacht.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion und der Vorsitzende der CSU Landesgruppe im Bundestag verlangten von der Bundespolizei Ermittlungen gegen Pro Asyl „wegen rechtswidrigen Handlungen“. Sie attackierten die Hilfsorganisation „Pro Asyl“ als Schlepperorganisation.

Innenminister Dobrindt: „Pro Asyl erweckt den Anschein, wie pro Schleusertum zu agieren“. (SZ 14. /15. Juni 2025).

Pro Asyl hat zusammen mit polnischen Hilfsorganisationen für medizinische Versorgung, Unterbringung und rechtliche Vertretung der drei zurückgewiesenen Somalier gesorgt. Sie haben getan, was notwendig war und Recht ist!

Dagegen laufen jetzt Strafanzeigen von der Bundespolizei.

Wir haben einen Innenminister Dobrindt, der sich über geltendes Recht und die Gewaltenteilung, ein Rechtsstaats- Prinzip hinwegsetzt und völlig rechtswidrig Asylsuchende an den Grenzen weiter zurückweisen lassen will.

**Geltendes Recht und die, die es zur Geltung bringen, werden angegriffen.**

„Die Migranten“, werden im Einwanderungsland Deutschland als Feindbilder aufgebaut und zu Sündenböcken für viele Versäumnisse der Politik gemacht. Das lenkt ab von der Ausrichtung der Politik hin zur Kriegstüchtigkeit und den damit verbundenen massiven Einschränkungen in allen Bereichen der Daseinsfürsorge, die wir bereits erleben und noch auf uns zukommen werden.

80 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg müssen wir erneut eine zentrale Errungenschaft, das Recht auf Asyl, verteidigen. Für die Schaffung und den Bestand dieses Grundrechts haben Überlebende und Nachkommen des Naziterrors immer gekämpft, wie auch für die Schaffung der UN Flüchtlingskonvention.

Hunderttausende Verfolgte sind aus Nazi- Deutschland und aus den von den Nazis besetzten Ländern geflüchtet - auf legalen und illegalen Wegen, um zu überleben. Fluchthelfer statteten sie mit Papieren aus, mit gefälschten Identitäten, um sie aus tödlicher Bedrohung zu retten.

Von Asyl und menschenwürdiger Aufnahme hingen und hängen Leben und Tod ab. Deshalb ist Asyl ein Grundrecht in unserer Verfassung und ein Menschenrecht! Menschenwürde und Menschenrechte gelten für alle.

Die Bundesrepublik als 3. größte Wirtschaftsmacht und Waffenexporteur schafft weltweit Fluchtursachen.

Stoppen wir die erniedrigenden Praktiken und irreführenden, feindseligen Parolen. Sorgen wir mit aller Kraft dafür, dass unsere Regierungen auf Landes- und Bundesebene sich an die Verfassung, an EU Recht und an die UN Charta halten. Wir müssen kämpfen gegen die Aushöhlung von Rechtsstaat, Menschenrecht und Völkerrecht.